

Alle Menschen müssen wohnen!

In Berlin und ganz Europa

Die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt spitzt sich immer weiter zu: Der CDU/SPD Senat macht Politik gegen Mieter-Interessen und dreht selbst an der Mieten-Spirale mit. Der Senat erhöhte die Mieten für 180.000 landeseigene Wohnungen und fördert stattdessen millionenschwer den Kauf von Eigentumswohnungen. Wir fordern: Mietendeckel statt Luxuswohnen für wenige!

Während wir als Berliner Linke zahlreiche Mietenversammlungen organisieren und direkte Hilfe leisten, weigert sich der Senat trotz explodierender Mieten und Heizkosten endlich den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umzusetzen. Das ist ein handfester Skandal. Wir bleiben dabei: Um für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, muss die Vergesellschaftung von 240.000 Wohnungen umgesetzt werden.

Auch die Ampel-Parteien im Bund sind ein mietenpolitischer Totalausfall. Statt Mietendeckel oder Mietenstopp liefern SPD, Grüne

und FDP rein gar nichts für die Mieter*innen in Stadt und Land. Die Bundesregierung hat bisher lediglich die unzureichende Mietpreisbremse verlängert, statt uns endlich wirksam vor Eigenbedarfskündigungen, Mietwucher und Verdrängung zu schützen. Wir sagen: Das reicht nicht! Keine Rendite mit der Miete!

Auch bei der Europawahl am 9. Juni steht Wohnungspolitik für uns im Fokus. Es ist in der EU zur Normalität geworden, dass Menschen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen ausgeben, während



Alle Menschen müssen wohnen!

In Berlin und ganz Europa

Die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt spitzt sich immer weiter zu: Der CDU/SPD Senat macht Politik gegen Mieter-Interessen und dreht selbst an der Mieten-Spirale mit. Der Senat erhöhte die Mieten für 180.000 landeseigene Wohnungen und fördert stattdessen millionenschwer den Kauf von Eigentumswohnungen. Wir fordern: Mietendeckel statt Luxuswohnen für wenige!

Während wir als Berliner Linke zahlreiche Mietenversammlungen organisieren und direkte Hilfe leisten, weigert sich der Senat trotz explodierender Mieten und Heizkosten endlich den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umzusetzen. Das ist ein handfester Skandal. Wir bleiben dabei: Um für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, muss die Vergesellschaftung von 240.000 Wohnungen umgesetzt werden.

Auch die Ampel-Parteien im Bund sind ein mietenpolitischer Totalausfall. Statt Mietendeckel oder Mietenstopp liefern SPD, Grüne

und FDP rein gar nichts für die Mieter*innen in Stadt und Land. Die Bundesregierung hat bisher lediglich die unzureichende Mietpreisbremse verlängert, statt uns endlich wirksam vor Eigenbedarfskündigungen, Mietwucher und Verdrängung zu schützen. Wir sagen: Das reicht nicht! Keine Rendite mit der Miete!

Auch bei der Europawahl am 9. Juni steht Wohnungspolitik für uns im Fokus. Es ist in der EU zur Normalität geworden, dass Menschen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen ausgeben, während



die Immobilienkonzerne Inflation, Indexmieten und energetische Modernisierungen nutzen, um ihre Profite zu erhöhen. Ob Mailand, Madrid oder Mannheim: in vielen europäischen Städten wird die Miete für immer mehr Menschen unbezahlbar.

Um das Recht auf Wohnen durchzusetzen, braucht es gesellschaftliche Kontrolle über den Wohnungssektor. Er darf nicht den Interessen von großen Immobilienkonzernen oder dem Wildwuchs von Airbnb überlassen werden. Konzerne wie Vonovia betreiben ihr Geschäft auf Kosten von Mieter*innen und Städten. Wir wollen Airbnb und Co überall den Boden entziehen. Die Zweckentfremdung von Wohnungen oder ganzen Häusern wollen wir verbieten. Das sichert Wohnraum dort, wo er besonders knapp ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Leerstand und Spekulationsobjekte wie in Spanien verpflichtend der Vermietung zugeführt werden. Das stoppt die Immobilien- und Bodenpreisspekulation.

Um der Wohnungskrise endlich entgegenzuwirken, müssen die Investitionen in den bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden und in den Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors fließen. Wir Linke fordern: Neubau – ökologisch, kommunal und dauerhaft sozial!

In der Europäischen Union wird zu wenig gegen Obdachlosigkeit getan – in den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der obdachlosen Menschen in Europa auf ungefähr 700.000 gestiegen. Wichtigstes Mittel

gegen Obdachlosigkeit ist ein EU-weites Verbot der Zwangsräumung: Niemand darf auf die Straße gesetzt werden! Wir fordern eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Sie muss gleichberechtigten Zugang zu Hilfsangeboten, Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen ermöglichen. Obdachlose Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft dürfen nicht diskriminiert werden. Housing First: Wohnungs- und obdachlosen Menschen sollen zuerst eigene Mietwohnungen vermittelt werden. Das bildet den Grundstein für andere soziale Leistungen wie Suchthilfe oder Arbeitssuche. Wohnungen statt Lager – keine menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften! Die dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung muss in der ganzen EU zum Standard werden!

#Nurmitlinks: Die Linke kämpft gemeinsam mit den europäischen Mieter-Bewegungen für Mietobergrenzen, Verbot von Indexmietverträgen, konsequenten Mieter*innenschutz, für die europäische Finanzierung von gemeinnützigem Wohnungsbau und gegen Obdachlosigkeit.

Werde Mitglied:
www.die-linke.de/mitmachen

Die Linke

Landesverband
Berlin

V.i.S.d.P: Sebastian Koch,
Die Linke Landesverband Berlin,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,
Stand: Mai 2024, Tel.: 030 / 24009-289,
info@dielinke.berlin, <https://www.dielinke.berlin>

die Immobilienkonzerne Inflation, Indexmieten und energetische Modernisierungen nutzen, um ihre Profite zu erhöhen. Ob Mailand, Madrid oder Mannheim: in vielen europäischen Städten wird die Miete für immer mehr Menschen unbezahlbar.

Um das Recht auf Wohnen durchzusetzen, braucht es gesellschaftliche Kontrolle über den Wohnungssektor. Er darf nicht den Interessen von großen Immobilienkonzernen oder dem Wildwuchs von Airbnb überlassen werden. Konzerne wie Vonovia betreiben ihr Geschäft auf Kosten von Mieter*innen und Städten. Wir wollen Airbnb und Co überall den Boden entziehen. Die Zweckentfremdung von Wohnungen oder ganzen Häusern wollen wir verbieten. Das sichert Wohnraum dort, wo er besonders knapp ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Leerstand und Spekulationsobjekte wie in Spanien verpflichtend der Vermietung zugeführt werden. Das stoppt die Immobilien- und Bodenpreisspekulation.

Um der Wohnungskrise endlich entgegenzuwirken, müssen die Investitionen in den bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden und in den Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors fließen. Wir Linke fordern: Neubau – ökologisch, kommunal und dauerhaft sozial!

In der Europäischen Union wird zu wenig gegen Obdachlosigkeit getan – in den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der obdachlosen Menschen in Europa auf ungefähr 700.000 gestiegen. Wichtigstes Mittel

gegen Obdachlosigkeit ist ein EU-weites Verbot der Zwangsräumung: Niemand darf auf die Straße gesetzt werden! Wir fordern eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Sie muss gleichberechtigten Zugang zu Hilfsangeboten, Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen ermöglichen. Obdachlose Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft dürfen nicht diskriminiert werden. Housing First: Wohnungs- und obdachlosen Menschen sollen zuerst eigene Mietwohnungen vermittelt werden. Das bildet den Grundstein für andere soziale Leistungen wie Suchthilfe oder Arbeitssuche. Wohnungen statt Lager – keine menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften! Die dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung muss in der ganzen EU zum Standard werden!

#Nurmitlinks: Die Linke kämpft gemeinsam mit den europäischen Mieter-Bewegungen für Mietobergrenzen, Verbot von Indexmietverträgen, konsequenten Mieter*innenschutz, für die europäische Finanzierung von gemeinnützigem Wohnungsbau und gegen Obdachlosigkeit.

Werde Mitglied:
www.die-linke.de/mitmachen

Die Linke

Landesverband
Berlin

V.i.S.d.P: Sebastian Koch,
Die Linke Landesverband Berlin,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,
Stand: Mai 2024, Tel.: 030 / 24009-289,
info@dielinke.berlin, <https://www.dielinke.berlin>